

ACHTUNG

Abwertung hat System

**Vom Ringen um
Anerkennung, Wertschätzung und Würde**

Herausgeber*innen

Die Armutskonferenz, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz, Christine Sallinger, Martin Schenk, Stefanie Stadlober, Manuela Wade

**(c) 2018 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GesmbH, Wien
Verlags- und Herstellungsort Wien
ISBN 978-3-99046-395-6**

Margit Schaupp, Manuela Wade

Politik mit den Armen, gegen die Armen, für die Armen?

Armut und Krise der Demokratie

Die Frage der Demokratie ist mit jener der Bekämpfung von Armut eng verwoben. Denn Armut und soziale Spaltung erhöhen nicht nur das Konflikt- und Gewaltpotenzial der Gesellschaft, sondern auch die Wahrscheinlichkeit einer Krise der politischen Repräsentation und Beteiligung. Demokratie bedeutet mehr, als alle vier oder fünf Jahre zur Wahlurne gerufen zu werden und Eliten entscheiden zu lassen. Demokratie schließt vielmehr die gleichberechtigte Teilnahme an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen mit ein – oder sollte dies zumindest.

Damit die Bedürfnisse der Armen von den Politiker*innen berücksichtigt werden, müssten diese das Gefühl haben, dass die Stimmen der Armen für das Wahlergebnis wichtig sind. Eine deutsche Studie, die die Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler*innen untersucht hat, stellt jedoch Folgendes fest: „Wer sich nicht von der Politik wahrgenommen fühlt, sieht auch keinen Grund, wählen zu gehen. Die Befragten haben ganz klar gemacht, dass ihr Fernbleiben der Wahl nicht mangelndes politisches Interesse ist, sondern ein bewusstes politisches Statement und ein Ausdruck des Gefühls, nicht dazuzugehören. Wenn benachteiligte Gruppen nicht mehr wählen gehen, birgt dies die Gefahr, dass sich die Politik immer mehr nach den Anliegen besser verdienender Gruppen richtet. Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist daher ein demokratiepolitisches Muss“ (Denkfabrik 2017, zit. nach Hammer/Pühringer 2017).

Ausgangsüberlegungen zur Entwicklung der Demokratie

Die Diskussionen über Ausgestaltung und Bedeutung(en) des Begriffs der Demokratie reichen weit zurück, bereits Platon und Aristoteles machten sich im antiken Griechenland darüber Gedanken. Doch die Debatten erlebten Ausweitungen und Einschränkungen in Bezug auf die Frage, wer in welcher Form an Demokratie teilnehmen darf und wer überhaupt gemeint ist. Denn ebenso alt wie die Demokratie als Form der Mitbestimmung ist das Ausschließen von bestimmten Bevölkerungsgruppen aus einem demokratischen Prozess – abhängig vom Bildungsstand, der Herkunft oder auch den finanziellen Möglichkeiten. Die Geschichte verläuft nicht durchgängig in Richtung immer mehr Demokratie: Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges schien sich die Demokratie als Staatsform in Teilen Europas allmählich durchzusetzen – etwa mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts beispielsweise in Österreich –, um nur einige Jahre später wieder einen Rückschlag zu erleiden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde versucht, durch Anheben des Wohlstandsniveaus weitere Teile der Bevölkerung und deren Einbeziehung eine Art gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Wohlstand ist aber nicht gleichzusetzen mit sozialer Gerechtigkeit. Und gesellschaftliche und demokratische Teilhabe ist nicht gleichzusetzen mit Beteiligung am Arbeitsmarkt. Sobald sich diese Rahmenbedingungen durch diverse ökonomische Krisen seit den 1970er-Jahren veränderten, war mit einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit auch ein Rückbau von demokratischen Prozessen zu beobachten – Bürger*innenrechte scheinen somit stark an die Kategorie der Lohnarbeit geknüpft zu sein (vgl. Kronauer 2002). Die scheinbare Inklusion galt also nicht für alle, sondern fand immer unter international ausbeuterischen Bedingungen statt – ein Phänomen, das Brand und Wissen (2017) als „imperiale Lebensweise“ bezeichnet haben. Gleichzeitig gab es nach der Ausrufung des „Endes der Geschichte“ (Fukuyama 1992) nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion scheinbar keine Alternative mehr zu einer kapitalistischen Demokratie. Der Schutz des Eigentums und der*die individuelle, leistungsbereite und erwerbstätige Bürger*in stehen hier im Vordergrund. Damit wurde der Begriff der Demokratie wieder stärker mit der Frage der Verteilung verbunden – der Verteilung von Macht, Vermögen und Stimmrechten. Das wird seit der Krise von 2008 besonders deutlich.

Demokratie und ungleiche Gesellschaft(en)

Und auch in Österreich gibt es eine Ungleichverteilung von beispielweise Vermögen, Eigentum oder Einkommen – Tendenz steigend. Gerade die Vermögenskonzentration ist im internationalen Vergleich besonders hoch: Laut einer Studie der Österreichischen Nationalbank (2014) besitzen die reichsten 5 Prozent der Haushalte 45 Prozent des

Bruttovermögens¹, die ärmsten 50 Prozent weniger als 4 Prozent. Im Durchschnitt haben diese Haushalte ein Bruttovermögen von 22.000 Euro, die ärmsten 25 Prozent gar nur unter 11.000 Euro. Bei den reichsten handelt es sich um durchschnittlich 2,6 Millionen Euro an Bruttovermögen pro Haushalt. Gleichzeitig sind 14,4 Prozent der Bevölkerung in Österreich armutsgefährdet, das entspricht rund 1,245 Millionen Menschen.² Die meisten Menschen haben also wenig, nur wenige besitzen viel.

Das gefährdet nicht zuletzt die Demokratie. Denn eine ungleiche Vermögensverteilung wirkt sich nicht nur auf das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Gesellschaft aus, sondern auch auf die Verteilung von Machtverhältnissen und Mitsprachemöglichkeiten. Wirtschaftliche Macht ist verknüpft mit politischem Einfluss, vermögende Personen haben dadurch Einfluss auf Regierungsentscheidungen. Die Folgen sind oft Abbau von Finanzmarktregulationen, Steuererleichterungen für Reiche und Privatisierungen. Dann wird armutsbetroffenen oder arbeitslosen Menschen ein Fehlverhalten zugeschrieben, während die Bankenkrise von 2008 als eine Art höhere Gewalt dargestellt wird. Und die wirtschaftliche Elite ist nicht nur konzentriert, sondern auch beständig: Piketty (2014) hat gezeigt, dass Familiendynastien durch Vererbung von stetig wachsendem Vermögen eine immer dominantere Rolle in der Gesellschaft einnehmen.

Auf der anderen Seite haben immer mehr Menschen den Eindruck, dass sie selbst keinen Einfluss nehmen können, dass sich ihre eigene Lebenssituation durch politische Maßnahmen nicht verbessern wird. Wenn die Abgehängten überhaupt zur Wahl gehen, dann wählen sie scheinbar eher rechte Parteien. Diese geben den Bürger*innen des Landes das Gefühl, sie sind schon etwas wert, weil sie Inländer*innen sind. Der Begriff Heimat wird von Rechtspopulist*innen missbraucht und so verwendet, dass auch die Armen das Gefühl haben, ein Teil dieser Partei zu sein. Die linken Parteien sind nicht mehr explizit zuständig für die Arbeitnehmer*innen, weil der Begriff aufgeweicht wurde und die Globalisierung und der Kapitalismus bewirkt haben, dass die Linken selbst in die Mitte bzw. sogar nach rechts gerückt sind. Das Leben in unseren hochtechnisierten westlichen Demokratien ist so komplex, verlangt uns so viel ab, dass wir keine Kraft mehr haben, beispielsweise Grundsatzprogramme der Parteien zu lesen. Dadurch gewinnen diese Parteien, die scheinbar einfache und rasche Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen wie Migration und Flüchtlinge anbieten können. Colin Crouch (2008)

¹ Das Bruttovermögen setzt sich aus dem Sachvermögen (z. B. Immobilien, Fahrzeuge, Unternehmensbeteiligungen) und dem Finanzvermögen (z. B. Girokonto, Bausparverträge, Wertpapiere) zusammen. Wird die Verschuldung abgezogen, erhält man das Nettovermögen.

² Für einen Einpersonenhaushalt beträgt die Armutsgefährdungsschwelle laut EU-SILC 2017 14.851 Euro pro Jahr, das sind 1.238 Euro im Monat (Jahreszwölftel). Für Mehrpersonenhaushalte erhöht sich der Betrag um rund 618 Euro pro Erwachsenen bzw. um 371 Euro pro Kind. Für eine Alleinerzieherin mit einem Kind sind das beispielsweise 1.609 Euro, für eine aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern bestehende Familie sind das 2.599 Euro.

hat in seinem Buch „Postdemokratie“ diese Entwicklungen aufgegriffen und folgendes Szenario gezeichnet: Wahlen und Wahlkämpfe verkommen zu einem Spektakel, nur noch von einzelnen Expert*innen ausgewählte Themen und Probleme werden diskutiert, die Mehrheit der Bevölkerung muss als passive Masse zu Wahlen überhaupt erst motiviert werden.

Barriere Armut – warum sich Arme oft nicht einmischen

Dies sind besorgniserregende und gefährliche Tendenzen für demokratische Entscheidungsprozesse. Nicht zuletzt können diese gesellschaftlichen Spaltungen und damit verbundene Ohnmachtsgefühle eine Partizipation aller Menschen unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer Herkunft verhindern. Und es trifft immer gesellschaftlich benachteiligte Gruppen: Armutsbetroffene, Arbeitslose, Migrant*innen, Frauen, Kinder – sie alle sind von strukturellen Ausschlüssen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen betroffen. Die Frage ist also nicht, warum einzelne armutsbetroffene Menschen so selten zur Wahl gehen oder sich noch seltener an unkonventionellen Partizipationsformen wie beispielsweise Unterschriftenaktionen oder Demonstrationen beteiligen, sondern die Frage ist, warum es ihnen so schwer gemacht wird und wo Hindernisse bzw. Barrieren aufgebaut werden.

Es wird viel über die Leistungsbereitschaft gesprochen, aber die ungerechte Bezahlung in den verschiedenen Sparten und Branchen sowie die ungerechte Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit oder von Arbeitszeit werden nicht erwähnt. Wenn darüber diskutiert wird, wird es als gegeben hingenommen, dass Frauen die Benachteiligten sind, jedoch wird auch hier den Betroffenen selbst die Schuld zugeschrieben. Sie haben Sorgen, wie sie für sich und ihre Familie die grundlegendsten Bedürfnisse befriedigen können. Wenn das Geld für Grundbedürfnisse nicht da ist und stattdessen auf Sachleistungen – beispielsweise Kleidung über private Institutionen wie die Caritas – zurückgegriffen werden muss, kostet das sehr viel Zeit und Kraft. Man ist auch nicht mobil und muss die Wege zu Fuß zurücklegen. Durch Sorgen entsteht oft ein Schlafdefizit, das zur totalen Erschöpfung führen kann. Arme sind außerdem eher suchtgefährdet – Alkohol, Computersucht, Spiele und Wetten – und öfter krank. Menschen mit höherem Einkommen können sich Leistungen, die ihr Leben erleichtern, zukaufen – wie Essen im Restaurant, Kinder- und Altenbetreuung oder Reparaturen. Auch Freiwilligenarbeit muss man sich leisten können. Aus all diesen Gründen findet bei Armen ein Rückzug in die Familie statt. Viele, die zum Beispiel nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, fühlen sich „zu dumm“, um über allgemeine Probleme ihre Meinung kundzutun. Es wird ihnen auch nachgesagt, sie seien zu emotional und nur auf ihren Vorteil aus. Aber auch Politiker*innen, Manager*innen und Hochschulprofessor*innen haben eine einseitige

Sicht und treffen Entscheidungen aus dem Bauch heraus – nur sind diese rhetorisch besser geschult und können das verstecken!

Gleichzeitig schmücken sich Politiker*innen oft mit dem Hinweis, dass sie aus einem armen Elternhaus stammen, es aber durch eigene Anstrengung geschafft haben, zu Wohlstand zu kommen. Ja, den Armen wird in Zeiten des Kapitalismus zugeschrieben, selbst schuld an ihrer Armut zu sein. Sie seien nicht leistungswillig bzw. fleißig genug und/oder zu dumm. Diese Individualisierung von gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemlagen setzt sich immer mehr durch. Und sie spiegelt sich in der Berichterstattung wider, die Betroffene stigmatisiert: Mindestsicherungsbezieher*innen und Arbeitslosengeldbezieher*innen werden als „Sozialschmarotzer*innen“ bezeichnet. Wenn man schon in der Kindheit solche Zuschreibungen erfährt, ist das schlecht fürs Selbstwertgefühl, man schämt sich und traut sich nichts mehr zu. Dadurch kämpfen Betroffene auch nicht mehr für ihre Rechte bzw. dafür, dass ihre Bedürfnisse befriedigt werden. Wem immer wieder gezeigt wird, wo sein*ihr scheinbarer gesellschaftlicher Platz ist, der*die wird immer wieder aufs Neue entmutigt und in die Schranken gewiesen – sei es bei der Suche nach einer Wohnung, sei es auf der Straße oder in der Schule.

Gefühle der Ohnmacht und Verlust von Handlungsmöglichkeiten

Durch die Zuschreibungen fühlen sich Arme nicht mehr als Teil der Gesellschaft, sondern als Abgehängte. Armut geht auch mit dem Entzug von Anerkennung, dem Verlust von Handlungsmöglichkeiten und auch von Handlungsfähigkeit einher. Der Frust wird größer – und die Aussicht, etwas daran ändern zu können, nimmt ab. Auch vor dem Hintergrund anderer globaler Entwicklungen wie Klimawandel, Umweltzerstörung oder Terror fühlen sich die Menschen zunehmend ohnmächtig. Auch von der Politik werden diese Themen nicht wirklich angegangen und bewältigt, sondern sie werden auf die lange Bank geschoben, oder es werden nur kurzfristige Antworten gegeben. Wichtig ist, dass die Partei bei der nächsten Wahl gewählt wird – also warum zur Wahl gehen, wenn die Politiker*innen meine Probleme und jene, die die ganze Menschheit betreffen, nicht lösen? In gewissen Bezirken geht nur mehr die Hälfte der Wahlberechtigten zur Wahl, viele andere dürfen gar nicht hingehen. Aufgrund des mangelnden Vertrauens in die Politik nimmt auch die Bereitschaft ab, sich aktiv in Ämter der repräsentativen Demokratie wählen zu lassen. In Österreich konnten sich etwa 2008 – also noch vor der großen multiplen Krise – nur wenige Prozent der Bevölkerung vorstellen, sich selbst für eine Kandidatur etwa in der Gemeinde oder auf anderer Ebene zur Verfügung zu stellen (vgl. ZfZ/IFES 2008).

Menschenrechtsverletzungen und das Fehlen von demokratischen Strukturen in den Institutionen verschärfen diese Entwicklungen. Um diesen Herausforderungen aktiv zu begegnen, muss zum einen für eine soziale und materielle Absicherung gesorgt werden,

die allen Menschen Sicherheit und Rechte gewährt. Zentral ist dabei nicht nur, welche Leistungen in welcher Höhe zur Verfügung gestellt werden, sondern auch die Art und Weise, wie dies geschieht. Haben die Menschen ein Anrecht auf Sozialleistungen oder sind sie Willkür ausgeliefert? Das ist ein entscheidender Unterschied, der sich in sozialen Rechten ausdrückt. Und ein Abbau eben dieser Rechte entzieht den Betroffenen Ressourcen, womit wiederum Partizipation erschwert wird (vgl. Voigtländer 2015: 272). Daher muss Sicherheit im Sinne sozialer Absicherung über einen Rechtsanspruch für alle gewährleistet werden.

Armut wird vererbt, Bildung ebenso

Darüber hinaus muss ein Fokus auf Bildung im Sinne von Selbstermächtigung gelegt werden (siehe u. a. Adorno 1969). Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen gefördert werden, im Elternhaus, in der Schule, bei der Lehre, an den Universitäten. In Österreich ist die eigene Bildungskarriere noch sehr davon abhängig, welchen Bildungsabschluss die Eltern haben. Armut wird vererbt. Für das persönliche Weiterkommen und im Beruf ist es oft wichtig, ein gutes Netzwerk zu haben. Deshalb ist es für Menschen aus armen Haushalten selbst mit Studienabschluss schwer, beruflich weiterzukommen. All dies ist schon länger bekannt, wissenschaftlich erforscht (siehe u. a. Bourdieu 1982) und empirisch belegt: Über 80 Prozent der 10- bis 14-jährigen Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten gehen in die Hauptschule oder in die Neue Mittelschule, aber weniger als 20 Prozent der Kinder aus Haushalten mit hohem Einkommen (vgl. Statistik Austria 2018: 95). Während nur 3 Prozent der Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss angeben, dass ihr Kind nach der Volksschule in eine AHS-Unterstufe wechseln wird, sagen dies 26 Prozent der Eltern mit Matura und gar 44 Prozent der Eltern mit Universitätsabschluss (vgl. BIFIE/BMBF 2016: 120).

In Österreich kommt es immer mehr ins Bewusstsein, wie wichtig es ist, schon im Kindergarten zu lernen, und dass die Ausbildung der Pädagog*innen forciert werden soll. Bereits im Kindergarten sollte für gewisse Entscheidungen die Meinung der Kinder eingeholt werden, zum Beispiel, wenn es um die Gestaltung des Spielplatzes oder den Ankauf von Spielzeug geht. Politische Bildung – und somit auch das Erkennen von historischen Zusammenhängen, und nicht das bloße Auswendiglernen von Jahreszahlen – soll einen höheren Stellenwert einnehmen. Neben den Wahlen sollten auch andere Beteiligungsformen in der Demokratie gelehrt werden, wie zum Beispiel unkonventionelle Partizipationsformen, Minderheitenrechte oder die Initiierung eines Volksbegehrens. Auch der Umgang mit Medien und wie ich als Bürger*in zu (kritischen) Informationen komme, sollten Teil des Lehrplans sein. Auch das Erlernen von sozialen Kompetenzen und Sprachen sollte im Kindergarten, in allen Schultypen und darüber hinaus für Erwachsene gratis angeboten werden.

Bei bildungsbenachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen greifen häufig Mechanismen des Selbstausschlusses vom politischen, sozialen und kulturellen Leben, während gut ausgebildete Bürger*innen über Netzwerke und Verbindungen sowie über Kompetenzen verfügen, ihre Ressourcen zu mobilisieren und ihre Interessen zu artikulieren. Nehmen wir darüber hinaus das Beispiel der Zusammensetzung des österreichischen Nationalrats, so zeigt sich, dass Akademiker*innen in den letzten 70 Jahren überproportional vertreten waren (vgl. Ennser-Jedenastik 2016). Das spiegelt zum einen die oft fehlende Repräsentativität von Menschen mit anderen Bildungsabschlüssen wider, zum anderen stellt sich die Frage nach dem Einfluss auf Entscheidungen und Themensetzungen innerhalb einer repräsentativen Demokratie.

Soziale Demokratie und Mitbestimmung

In der Demokratie wurden Freiheitsrechte erkämpft. Und wir brauchen Menschen, die die Freiheiten – wie Meinungsfreiheit oder Pressefreiheit – aufrechterhalten und sich auch weiterhin für sie einsetzen. Denn dies sind zentrale Bestandteile einer demokratischen Gesellschaft, in der wir leben möchten. Laut Hartmut Rosa (2016) sollte Demokratie als eine Art „kollektive Resonanzsphäre“ fungieren, Politik soll eine Stimme geben, die auch gehört wird. Wie kommen wir dorthin, dass alle Stimmen in ihrer Vielfältigkeit gehört werden, dass alle Bürger*innen mitbestimmen und sich beteiligen können, wenn es doch noch derart hohe Barrieren wie Armut gibt? Damit Demokratie eine Regierungsform ist, in der sich alle wiederfinden und beteiligen, muss sie eine soziale Demokratie sein, die Armut energisch bekämpft.

Bereits 2003 hat Claus Offe demokratische Innovationen vorgeschlagen, die auf die Einbeziehung möglichst vieler Menschen in politische Entscheidungen bzw. auf eine Verbesserung der Qualität der Auseinandersetzung abzielen. Die Vorschläge reichen von Bürger*innenräten mit konsultativer Funktion, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden, bis hin zu einer partizipativen Budgeterstellung. Das Ausländer*innenwahlrecht auf zumindest kommunaler Ebene zählt ebenso dazu wie die in Österreich bereits erfolgte Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Eine immer öfter gewünschte Innovation in Demokratien ist die Stärkung der direkten Demokratie, teilweise sprechen sich deutlich über 80 Prozent der Bevölkerung für Reformen in diese Richtung aus (vgl. FHS/IFES 2016). Das Recht, Vorschläge in die Politik einzubringen, die eine Chance auf Umsetzung haben, ist für das Gefühl der Selbstwirksamkeit der Bürger*innen von großer Bedeutung: „Ich habe in den letzten 40 Jahren in 65 Ländern mit den Menschen über Bürgerbeteiligung diskutiert und an über 1100 Debatten teilgenommen. Nie habe ich jemanden getroffen, der die Idee nicht gut fand, politische Ideen vorschlagen zu können“ (Gross 2016: Onlinequelle). Dabei

steht die Idee der Bottom-up-Initiative im Vordergrund. Volksbefragungen oder -abstimmungen, die von oben initiiert werden, bringen keine Verbesserung der Demokratiequalität mit sich (vgl. Pausch 2017: 153). Die Hürden zur Erreichung von Abstimmungen müssen gering sein (vgl. Gross 2016). Wichtig ist das Zusammenspiel zwischen Parlament und Volk bzw. Bürger*innen. Damit beide Seiten zu Wort kommen, Argumente diskutieren und in den Dialog treten können, benötigt diese Form der Demokratie genügend Zeit (vgl. Pausch 2017: 154). Die öffentliche Debatte bezeichnete Gross als die „Seele der direkten Demokratie“ (Gross 2016).

In welcher Demokratie wollen wir leben?

Und genau diese öffentliche Debatte müssen wir wieder verstärkt führen. Wir müssen um ein breites und inklusives Demokratieverständnis kämpfen, das alle Menschen miteinschließt und ihnen Teilhabe sowie Mitbestimmungsrechte garantiert. Gleichzeitig muss eine „soziale Demokratie“ die Frage nach einer gleichmäßigeren Verteilung von Ressourcen, Vermögen und Eigentum stellen: Da die Arbeitsmarktpolitik die Flexibilisierung zu Ungunsten der Arbeitnehmer*innen vollzieht, werden die Risiken der Individualisierung zunehmend auf die Einzelpersonen abgewälzt. Es sind nur radikale Änderungen denkbar, um dieser Entwicklung gegenzusteuern, und den Menschen wieder mehr Zeit für Teilhabe an der Gesellschaft und für Einmischung in die Politik zu geben. Dazu müssen wir über das bedingungslose Grundeinkommen, eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 oder 25 Stunden pro Woche und eine Demokratisierung der Arbeitswelt diskutieren.

Der Begriff der Demokratie ist verbunden mit jenem des Sozialstaats, der solidarisch aufgebaut ist und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken soll. In einer solidarischen Gesellschaft wird darauf geschaut, dass es allen gut geht. Das wird durch das gerechte Einheben von Steuern erzielt – das heißt, alle tragen dazu bei. Politiker*innen können alleine keine Probleme lösen, die Unternehmen bzw. das Kapital auch nicht! Sie brauchen dazu die sogenannte Zivilgesellschaft, die offen und wach ist, um Fehlentwicklungen zu sehen und gegenzusteuern. Um die Basis für eine solche zu stärken und alle Menschen in den demokratischen Prozess miteinzubeziehen, darf die Anzahl der Armen nicht zunehmen!

LITERATUR

- Adorno, Theodor (1969/2013):* Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Arbeiterkammer Wien (2013):* Die Verteilung von Vermögen in Österreich. Wien: AK Infos.
- BIFIE/BMBF (2016):* Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015. Band 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Graz: Leykam.
- Bourdieu, Pierre (1982):* Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017):* Imperiale Lebensweisen. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: oekom Verlag.
- Crouch, Colin (2008):* Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Denkfabrik (2017):* „Gib mir was, was ich wählen kann.“ Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen. Online: <http://www.studie-nichtwaehler.de/> [9. 10. 2018].
- Ennser-Jedenastik, Laurenz (2016):* Männer und Akademiker im Parlament überrepräsentiert. Online: <https://derstandard.at/2000040630686/Maenner-und-Akademiker-im-Parlament-ueberrepraesentiert> [9. 10. 2018].
- FHS/IFES (2016):* Lebensqualität. Eine repräsentative Umfrage für Österreich und Salzburg. Salzburg.
- Fukuyama, Francis (1992):* The End of History and the Last Man. New York: Free Press.
- Gross, Andreas (2016):* Politiker sollen keine Angst vor der Macht des Volkes haben. Online: https://www.swissinfo.ch/ger/direktedemokratie/andreas-gross-demokratie-spezialist_-politiker-sollten-keine-angst-vor-der-macht-des-volkes-haben/42194118 [4. 9. 2018].
- Hammer, Philipp/Pühringer, Judith (2017):* Gib mir was, was ich wählen kann – Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Neue Studie untersucht Motive von langzeitarbeitslosen Nichtwähler*innen in Deutschland. Online: <http://www.armutskonferenz.at/blog/blog-2017/gib-mir-was-was-ich-waehlen-kann-demokratie-ohne-langzeitarbeitslose.html> [9. 10. 2018].
- Kronauer, Martin (2002):* Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Offe, Claus (2003):* Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- ÖNB (2016):* HFCS 2014: Erste Ergebnisse für Österreich (zweite Welle). Online: <https://www.hfcs.at/publikationen/dokumentation.html> [27. 9. 2018].
- Pausch, Markus (2017):* Demokratie als Revolte. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Piketty, Thomas (2014):* Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C. H. Beck.
- Rosa, Hartmut (2016):* Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Statistik Austria (2018):* Tabellenband EU-SILC 2017. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Online: https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/8/6/7/CH3434/CMS1526286650148/tabellenband_eusilc_20_17_20180426.pdf [28. 9. 2018].
- Voigtländer, Leiv Eirik (2015):* Armut und Engagement. Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen. Bielefeld: transcript Verlag.
- ZfZ/IFES (2008):* Lebensqualität. Repräsentative Umfrage für Österreich. Salzburg.



ACHTUNG

Abwertung hat System

Vom Ringen um
Anerkennung, Wertschätzung und Würde



DIE ARMUTSKONFERENZ.

ebook

Inhalt

Editorial	7
<i>Nancy Fraser</i> : Zur Neubestimmung von Anerkennung	11
<i>Axel Honneth, Titus Stahl</i> : Jenseits der Verteilungsgerechtigkeit: Anerkennung und sozialer Fortschritt. Wie der Wandel gesellschaftlicher Wertschätzung philosophisch beurteilt werden kann	25
Kapitel I – Abwertung hat System	
<i>Brigitte Aulenbacher</i> : Im Sog des Leistungsprinzips. Über Leistung, Gerechtigkeit, Ungleichheit und das Beispiel der Sorgearbeit	37
<i>Alban Knecht, Michaela Moser, Judith Pühringer</i> : Achtung beim AMS. Was die automatisierte Zuteilung zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für die Gerechtigkeit und die Anerkennung von arbeitslosen Menschen bedeutet	45
<i>Ruth Patrick</i> : „Also ich habe es satt zu schnorren.“ Auswirkungen der Sozialhilfereform in Großbritannien	53
<i>Lukas Richter</i> : Alt, arm, ausgegrenzt. Ein Streifzug durch die österreichische Sozialberichterstattung	63
<i>Margit Schaubpp, Manuela Wade</i> : Politik mit den Armen, gegen die Armen, für die Armen? Armut und Krise der Demokratie	75
<i>Eva Grigori</i> : „Ollas geht net.“ Sozialarbeit zwischen individueller Hilfeleistung und kollektiv abwertenden Einstellungen	85
<i>Christine Sallinger, Georg Wiesinger, Elisabeth Kapferer</i> : Statt Land. Wertschätzung und Abwertung von Lebensrealitäten auf dem Land und in der Stadt	95
<i>Martin Schürz</i> : Zorn auf die Reichen? Gedanken zur Angemessenheit eines Gefühls	105
Kapitel II – Anerkennung macht stark	
<i>Romy Reimer</i> : Anerkennung genügt (nicht)? Der „blinde Fleck“ der Anerkennungstheorie	117
<i>Michaela Moser, Michael Wrentschur</i> : Räume der Anerkennung und Selbstwirksamkeit. Kollaborative Soziale Arbeit im Spannungsfeld von Selbstorganisation und Unterstützung	125
<i>Maria Pernegger, Martin Schenk</i> : Was Kinder sagen, können und brauchen. Medienstudie Kinderarmut: Darstellung und Wirklichkeit	139

<i>Hoa Mai Tràn: Zwischen anerkannter Ausgrenzung und geforderter Teilhabe. Zur Situation von Kindern in Unterkünften für geflüchtete Menschen</i>	149
<i>Michaela Moser: Achtung Sorgearbeit! Warum Sorgen arm macht und es eine Care-Revolution braucht</i>	163
<i>Angelina Reif: Ein Recht ohne Anspruch ist kein Recht. Soziale Grundrechte in Österreich</i>	171
<i>Plattform „Sichtbar Werden“: Wider die „Normalisierung der Abwertung“. Menschen mit Armutserfahrung im Gespräch mit Verena Fabris und Robert Rybaczek-Schwarz über Anerkennung, Abwertung und eine Kultur der Solidarität</i>	181

Kapitel III – Handeln tut not

<i>Marion Wisinger: Deck Mythen auf! Zur geistigen Selbstverteidigung bei „Sozialschmarotzer*innen“-Parolen und Menschen-Bashing</i>	191
<i>Lisz Hirn: Sprich mit Jugendlichen im Park! Alternative Räume für den interkulturellen Dialog</i>	195
<i>Lena Kauer: Bau dir deine Küche! Die Wiener Kuchl – eine Küche zum Selberbauen</i>	201
<i>Norbert Krammer, Ilse Zapletal: Hol dir dein Recht! Mit Recht gegen Armut</i>	205
<i>Ernst Schmiederer: Schreib deine Geschichte! – Teil 1 Geschichten aus dem Parlament der Unsichtbaren</i>	209
<i>Margit Kubala: Schreib deine Geschichte! – Teil 2 Der Blog ist tot. Lang lebe der Blog!</i>	213
<i>Sina Farahmandnia, Lisa Oberbichler: Check deine Privilegien! Perspektivenwechsel, um Herrschaftsverhältnisse zu hinterfragen</i>	217
<i>Alban Knecht: Tu was gegen Beschämung! Erfahrungen von Armutsbetroffenen und Gegenstrategien</i>	221
<i>Michaela Moser: Lerne eine neue Kultur des Entscheidens! Die Soziokratie als Modell für mehr Anerkennung in Gruppen und Organisationen</i>	227
<i>Verena Fabris, Susanne Haslinger: Kämpfe gegen Sozialabbau! Strategien des Widerstands gegen Kürzungen und gesellschaftliche Spaltung</i>	231

Autor*innen	237
--------------------	-----

Die Armutskonferenz	241
----------------------------	-----